

Bezugspreis:
Vierteljahr 36.— M., monatl. 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjähr. 120.—
M., einschließlich der Postgebühren für
Deutschland, Danks des Saar- und
Rheinlandes, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 22.— M., für
das übrige Ausland 24.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Polen, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ der Unter-
haltungsbeilage „Vorwärts“ und der
Beilage „Erziehung und Ringtonieren“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngerippen Nonpareilzeile
kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das ist gedruckt Wort 3.— M. (zu-
wählig zwei fertiggedruckte Wörter), jedes
weiterer Wort 1.50 M., Stellengröße
und Schließendangelegenheiten des
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anwerbsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebüh-
ren von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 53-97
Expedition Moritzplatz 117 53-51

Sonnabend, den 19. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-51

Die fehlenden Milliarden.

Washington, 19. November. (CP.) Die „Chicago Tribune“ erzählt, daß die amerikanische Regierung der Ansicht ist, daß die von den Alliierten von Deutschland geforderten Zahlungen zu hoch sind und daß Frankreich und Italien in eine Ermäßigung einwilligen müßten. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß die Zahlung, die Deutschland am 15. Januar zu leisten habe, vielleicht den Bankrott Deutschlands verursachen würde.

Basel, 19. November. (CP.) Der Berliner Vertreter der „Baseler Nachrichten“ will über die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Zahlungen von Deutschland am 15. Januar voll und ganz geleistet werden müßten, damit aber sei es nicht ausgeschlossen, daß Deutschland für weitere Zahlung einen Aufschub erhalte. Wenn die Kommission auch nicht im Zweifel sei über den Zustand der deutschen Zahlungsfähigkeit, so habe sie doch den Eindruck gewonnen, daß Deutschland die nächste Zahlung von 500 Millionen Goldmark leisten könne. Zu dieser Ueberzeugung habe auch der Beschluß der deutschen Industrie beigetragen, aus dem die Reparationskommission glaubte ersehen zu können, daß die deutsche Industrie über die zur Zahlung notwendigen Mittel verfüge. Allerdings wurde die Reparationskommission in den Verhandlungen von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß auch die deutsche Industrie die Mittel nicht ohne große Anleihen im Ausland aufbringen könne. In der Kommission herrsche die Ansicht, daß man in den gegenwärtigen Kampf mit den Bedingungen der Industrie nicht eingreifen dürfe, sondern die Dinge ruhig ausreifen lassen müsse. Man sei sich vollständig im klaren darüber, daß mit der nächsten Zahlung am 15. Januar die Finanzkräfte Deutschlands erschöpft seien, selbst wenn die Industrie die Anleihen bekomme. Es sei daher die Hoffnung nicht von der Hand zu weisen, daß nach dieser Zahlung Deutschland ein Aufschub gewährt werde. Die englischen und italienischen Mitglieder der Kommission treten dafür ein.

Einspruch gegen Zerstörungsbefehle.

Die Teunion meldet, daß dem Botschafter Dr. Mayer eine Protestnote an die Entente wegen der Zerstörungsbefehle zugegangen ist, in der es heißt: „Wenn die Kommission das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Herstellung eines bestimmten Maschinentyps zu untersagen, dessen Verwendbarkeit für friedliche Zwecke unbestritten ist, so liegt darin eine offensbare

Ueberprüfung ihrer Befugnisse.
Sie verläßt das ihr einzig und allein zugewiesene Feld der Abrüstungskontrolle und übernimmt es, in die wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung Deutschlands auf das empfindlichste einzugreifen. Sie will einen Fabrikationszweig der deutschen Industrie unterbinden, der weit in die Vorkriegszeit zurückreicht, der wohl, wie viele andere, während des Krieges überwiegend in dessen Dienst gestellt worden ist, der aber seine natürliche Bedeutung auf dem Gebiete der Friedenswirtschaft hat und immer haben wird. Nach alledem sieht sich die

deutsche Regierung in der Lage,
der Forderung der Kontrollkommission Folge zu geben. Sie kann auch nicht anerkennen, daß in der Weigerung der Marine-Friedenskommission eine Verletzung des Ultimatums zu finden ist, und bittet aus Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit, vor allem aber auch mit Rücksicht auf die in der Anlage erörterten wirtschaftlichen Momente die Botschafterkonferenz, die in ihrer Note vom 10. November 1920 gerade im Zusammenhang mit der Dieselmotorenfrage und in zutreffender Würdigung ihrer Bedeutung erklärt hat, daß sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands keineswegs beeinträchtigen wolle, die Kommission anzuweisen, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen.

Hamburg, 19. November. (TL.) Der französische Transporter „Coiret“, der seit 1 1/2 Wochen im Kieler Hafen liegt, um dort abzuliefern, wird am Montag im Hamburger Hafen eintreffen, um hier Hafenmaterial aufzunehmen, das gleichfalls abzuliefern ist.

Verschiebung der Landabrüstung.

Washington, 19. November. (EE.) Hughes hat für Montag vormittag 11 Uhr eine Vollversammlung einberufen. Man glaubt, daß Briand in dieser Sitzung den Standpunkt Frankreichs in der Frage der Landabrüstungen darlegen wird. Jemandem andere Frage wird kaum besprochen werden, denn weder die Kommission für die Abrüstung noch die für die Chinesische Frage wird bis dahin ihren Bericht fertiggestellt haben.

Harding erhielt vom Papst ein Telegramm, in dem dieser der Hoffnung Ausdruck gibt, die Initiative Hardings im Interesse des Weltfriedens werde von Erfolg gekrönt sein.

Paris, 19. November. (EE.) Dem „New York Herald“ wird aus Washington gedruckt: Die Besprechung der Frage der Landabrüstung ist dadurch veranlaßt worden, daß man mit der

Möglichkeit neuer Gewaltmaßnahmen der Alliierten gegen Deutschland

rechnet, um dessen Entschädigungszahlungen einzutreiben. Man erwartet, daß Frankreich, damit es seine Heeresstärke vermindern könne, Sicherheiten gegeben werden müßten; allerdings wollen die Vereinigten Staaten von einem Bündnis mit Frankreich und England nichts wissen. Man glaubt, daß die Lage in Europa und in Ostasien in einem Jahre eine solche Klärung erfahren haben wird, daß dann auch andere Fragen ihre Erledigung finden könnten. Jedenfalls würden Abmachungen über die Beschränkung der Seerüstungen auch ein Ansporn für Abmachungen zu einer Beschränkung der Landrüstungen sein. Wenn hiermit auch die Frage der Landrüstungen im gegenwärtigen Augenblick von der Konferenz nicht geregelt wird, so wünscht man in Washington doch, daß die Frage der Verwendung von Flammenwerfern, giftigen Gasen und der Flugzeugangriffe auf offene Städte gelöst werde. Man glaubt, daß die Konferenz im ganzen zu vier Schlusfolgerungen gelangen werde:
1. Abmachungen über die Beschränkung der Seerüstungen werden zweifellos getroffen und unterzeichnet werden und sie sollen so schnell wie möglich vom amerikanischen Senat bestätigt werden.
2. Es wird eine Art Abmachung hinsichtlich Chinas zustande kommen, worin alle Mächte freiwillig auf ihre Rechte in China verzichten und der Politik der offenen Tür zustimmen.

Abmachungen über die Landrüstungen werden nicht getroffen
werden. Dieser Punkt soll erst im nächsten Jahre behandelt werden, wenn sich die Welt im allgemeinen beruhigt habe. Dagegen sollen Abmachungen über die Verwendung giftiger Gase, Flammenwerfer, Angriffe von U-Booten auf unbewaffnete Handelsschiffe und Luftangriffe auf unbefestigte Städte getroffen werden.

Washington, 19. November. (CP.) Das amerikanische Kabinett hat sich am Freitag mit der Einstellung von Schiffsbauten in England befaßt. Das Kabinett hat beschlossen, daß Amerika diesem Beispiel nicht folgen könne, da es sich in England nicht um pro grammäßig vorgeordnete Schiffe gehandelt hätte, wie dies gegenwärtig bei den im Bau befindlichen Schiffen in Amerika der Fall sei.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 18. November. (WB.) All-Bundesrat Calonder, der vom Völkerbundrat mit der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien betraut worden ist, hat der deutschen und der polnischen Regierung mitgeteilt, daß die Verhandlungen am 23. November, 11 Uhr vormittags, in Genf eröffnet werden sollen.

Bundesrat Dr. jur. Felix Ludwig Calonder, ein Rätormann, hat in Zürich, München, Bern, Paris und London studiert und war dann Rechtsanwalt in Chur. Als Führer der Liberalen zog er 1899 in den Ständerat, 1913, fünfzigjährig, in den Bundesrat ein. Als Nachfolger Adors war er 1918 schweizerischer Bundespräsident. Nach Ablauf seiner Präsidentschaft hatte er bis Ende 1919 die Leitung des polnischen Departements, seitdem die des Justizdepartements inne. Ende 1920 trat er vom Amt zurück. Sein Rücktrittsgesuch begründete er mit seinem erschütterten Gesundheitszustand. In eingeweihten Kreisen nahm man, wie die „Böf. Ztg.“ berichtet, allerdings an, daß Calonder, der in Paris mit Wilson und Clemenceau wegen des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund verhandelt hatte, von diesen Zusicherungen über die Anerkennung der dauernden Neutralität der Schweiz mit nach Hause gebracht hatte, an die man sich nachher nicht mehr gebunden fühlte. Calonder hat seinerzeit mit einer Untersuchung über die schweizerische Neutralität den juristischen Doktorgrad erworben. Calonders volkswirtschaftliche Kenntnisse werden allgemein gerühmt.

Berechnetes Kompliment.

Genf, 18. November. (WB.) Die polnische Regierung hat Calonder ihre aufrichtige Genugtuung ausgesprochen, daß zur Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen eine so hervorragende und zuständige Persönlichkeit ernannt worden sei.

Genf, 18. November. (WB.) Der österreichische Regierungsvizepräsident bei der Internationalen Arbeitskonferenz Dr. Lederer hat dem Sekretär des Völkerbundes ein Schreiben überreicht, in dem er das Völkerbundssekretariat einludt, die Frage der Uebersiedlung nach Wien zu prüfen. Er betonte, daß Österreich alles tun werde, um dem Sekretariat, dem Internationalen Arbeitsamt und der Völkerbundsversammlung Gebäude zur Verfügung zu stellen, die allen Ansprüchen gerecht werden.

Die Bestattung der Fascistenopfer.

Rom, 19. November. (Intel.) Die Bestattung der Opfer der Fascistenunruhen wurde zu einer Demonstration, wie sie Rom bisher kaum gesehen hat. Etwa hunderttausend Personen nahmen an dem Leichenzuge teil, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Nordamerikas Geschäftsträger. Der Senat hat die Ernennung Ems Loring Drefels zum Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin bestätigt. — Der amerikanische Botschafter in London, Harlan, stattete dem deutschen Botschafter Schamer den ersten offiziellen Besuch ab.

Michaelis' Memoiren.

Die päpstliche Friedensaktion und das kaiserliche Narrentheater.

Gener Georg Michaelis, der im Kriegsjahre 1917 drei Monate lang Reichskanzler war, hat nun gleichfalls seine Lebenserinnerungen erscheinen lassen. (Georg Michaelis. Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Erschienen im Furche-Verlag, Berlin.) Man begreift das Bedürfnis dieses Mannes, sich zu rechtfertigen, denn zu dem umgekehrten Ruhm, den er genießt, ist er wirklich ganz unschuldig gekommen. Es war eine Grausamkeit des Schicksals, gerade ihn mit seinem „Wie ich es auffasse“ als die komische Figur der deutschen Tragödie hinzustellen, wo doch die meisten seiner Kollegen aus den preussischen Amtsstuben, aus demselben Holz geschnitten wie er, an dieselbe Stelle gesetzt, genau dieselbe Rolle gespielt hätten.

Aber, wie kam man auf den Gedanken, diesen Mann zum Reichskanzler zu machen, und wie konnte er selbst so verblendet sein, das Amt anzunehmen, zu dem ihm alles fehlte? Die erste Frage läßt auch seine Selbstbiographie unbeantwortet, die zweite erzählt eine ziemlich überraschende Aufklärung. Schuld daran trägt nämlich ein Bibelvers, der an jenem Tage, dem 13. Juli 1917, gerade in Michaelis' Kalender stand. Michaelis erzählt:

Das war die schwerste Stunde meines Lebens. Kein Mensch war da, aber Gott war bei mir; in den Losungen der Brudergemeinde, die mir wie Tausenden einen täglichen Geleitspruch auf die Lebensfahrt geben, stand für den Tag Vers 9 aus dem ersten Kapitel des Buches Josua: „Siehe, ich habe dich gebeten, daß du getrost und freudig siehest. Laß dir nicht grauen, und entsiehe dich nicht; denn der Herr, dein Gott, ist mit dir in allem, was du tun wirst.“

Ich war auf den Besuch des Abgesandten des Kaisers gerüstet. Wir müssen es den Theologen überlassen, zu untersuchen, ob das noch evangelische Frömmigkeit oder schon krafter Aberglaube ist. Für die Geschichte steht jetzt jedenfalls so viel fest: Wer am 13. Juli 1917 Reichskanzler wurde, das hing von dem Bibelvers ab, der an diesem Tage in den Losungen der Brudergemeinde stand.

Rum wollte es das Verhängnis, daß gerade diese Zeit, in der Deutschland diesen Kanzler hatte, eine Zeit der Friedensmöglichkeiten war. Bethmann wenigstens war gegen Ende seines Lebens fest davon überzeugt, daß er es damals geschafft haben würde, wenn ihn Ludendorff nicht zuvor gestürzt hätte. Damals spielte die Friedensaktion des Papstes, die in ihren Hauptzügen ja schon bekannt ist, über die man aber von Michaelis noch manches Nähere erfährt.

Am 5. September 1917 ging in Berlin das Schreiben des Runtius Pacelli ein, das „eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden“ forderte. Beigelegt war eine Antwort der englischen Regierung auf den zuvor unternommenen päpstlichen Friedensschritt, die in der Uebersetzung aus dem Französischen folgenden Wortlaut hat:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Alliierten über die Angelegenheit der Note Sr. Heiligkeit zurate zu ziehen, und sind auch nicht in der Lage, uns über die Antwort auszusprechen, die auf die Vorschläge Sr. Heiligkeit zu geben ist, betreffend die Bedingungen, die einen dauernden Frieden sichern könnten. Nach unserer Meinung ist kein Anfangsschritt zu diesem Ziele wahrscheinlich, solange die Mittelmächte und ihre Verbündeten sich nicht offiziell über die Ziele gekühdert haben, die sie mit dem Kriege verfolgen, sowie über die Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen, die sie zu leisten bereit sind, und über die Mittel, die fürder die Welt vor der Wiederkehr der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, sichern könnten. Selbst über Belgien — und in diesem Punkt haben jene Mächte ihr Unrecht anerkannt — (Eine Anspielung auf Bethmanns bekannte Erklärung vom 4. August 1914. Red. d. „V.“) haben wir niemals eine genaue Erklärung kennengelernt bezüglich ihrer Absicht, seine volle Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie ihm zugefügt haben. Seine Eminenz hat zweifellos die Erklärungen nicht aus dem Auge verloren, die die Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben haben. Weder von Oesterreich noch von Deutschland hat es jemals eine gleichwertige Erklärung gegeben. Ein Versuch, die Kriegführenden in Uebereinstimmung miteinander zu bringen, würde unnütz erscheinen, solange wir die Punkte der Gegensätzlichkeit nicht genau kennen.

Am 9. September kam Wilhelm II. nach Berlin zurück, für den 11. wurde in Schloß Bellevue ein Kronrat festgesetzt. In der Nacht vom 10. zum 11. schickte Wilhelm dem Reichskanzler ein Erposé, in dem er seine ursprüngliche Bereitschaft, auf den englischen Friedensfühler einzugehen, widerrief. Michaelis nimmt an, der Kaiser sei von der Marine wieder umgestimmt worden. Dieser schrieb, er habe in den Jahren 15/16 der Marine gegenüber den Standpunkt betont, der Kampf gehe um Flanderns Küste. Wenn dieses Kampfziel verloren gehe, würde es heißen: „Stagerrat um-

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen der Berliner Kommunalbeamten.

Eine große Versammlung des Verbandes der Kommunalbeamten Berlins (Kombu) der Gruppen 1 bis 6 (Alt-Berlin), die gestern abend den großen Saal der „Neuen Welt“ fast bis zum letzten Platz füllte, nahm Stellung gegen die neue Besoldungsordnung und die Verteilung einer prozentual gleich hohen Wirtschaftsbefehle auf alle Beamtengrader.

Referent war Grünig, der die Zusammenstellung der Beamtengrader als eine wunderbare Musterkarte bezeichnete. Manchen Beamten werde ein Betrag von ganzen 67 Mark vierteljährlich nachgezahlt, den hochgestellten bis zu 23000 Mark.

Kieftahl tadelte, daß berufene Vertreter der Angestellten ihre Zustimmung zu dieser Aufbesserung der Gehälter geben könnten. In den unteren Beamtengruppen sei das Geld zu Hause, ihnen werde nicht einmal das Existenzminimum durch die neue Besoldungsordnung gewährt. Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Tag kommen möge, der alle Arbeiter- und Berufsorganisationen zu einer geschlossenen Einheit zusammenführe.

Verbandsdirektor Ehrmann ging auf die Vorgänge bei dem Zustandekommen der neuen Besoldungsordnung ein und hob hervor, daß die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften nach Kräften bemüht waren, eine Verbesserung für die unteren und mittleren Gruppen zu schaffen, leider ohne den gewünschten Erfolg. Die Kollegenschaft müsse sich nicht durch gewisse ungewissenhegehepostel von dem gewerkschaftlichen Weg abdrängen lassen. Es müsse eine sofortige Revision der Besoldungsordnung verlangt werden.

Auch die folgenden Redner gaben ihrer Unzufriedenheit mit der Besoldungsordnung schärfsten Ausdruck. Breuer bezeichnet die Besoldungsordnung als ein Werk der Geheimräte und ihres Einflusses. Sie haben alle Verbesserungen der Gewerkschaften abgelehnt. Schuld ist aber auch die Zersplitterung in den eigenen Reihen, die uns machtlos macht.

Am der weiteren Aussprache beteiligten sich mit längeren Ausführungen Garbe, Eberfeld und Flügel (Vorsitzender des Deutschen Beamtensverbandes), der mit eindringlichen Worten die von einigen Rednern erhobenen Beschuldigungen gegen die Gewerkschaftsvertreter an der Hand von Tatsachenmaterial zurückwies. Der Deutsche Beamtensbund sei im Besitz, eine neue Aktion zur Verbesserung der Lage der schlecht gestellten Beamten in die Wege zu leiten.

Vor Schluß der Versammlung wurden vier Entschließungen angenommen, in denen gegen die unbefriedigende Aufbesserung der Beamtengrader protestiert und u. a. gefordert wird, daß denjenigen Beamten und dauernd Angestellten, deren vierteljährliche Nachzahlung 2000 Mark und 500 Mark für jedes Kind nicht erreicht hat, die Differenz zur Erreichung dieser Beträge umgehend nachgezahlt werden soll. Ferner wird die Angabe, daß den Kantonsratsmitgliedern und anderen höheren Beamten auf das laufende Vierteljahr Vorschußbeträge bis zu 9000 Mark nachgezahlt worden sind, während die unteren Gruppen teilweise nur Beträge von 245 Mark erhalten haben, als eine ungeheure Provokation der gesamten städtischen Unterbeamten- und Angestelltenchaft bezeichnet und vom Magistrat eine einmalige Wirtschaftsbefehle von 2000 Mark für jeden Beamten und Angestellten und 500 Mark für jedes Kind verlangt. Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten soll schon jetzt alle Vorbereitungen treffen, um, falls bis zum 26. November diese Beihilfen nicht gezahlt sind, am 28. November in den Streik treten zu können. Doch soll über den Streik eventuell eine Urabstimmung entscheiden.

Beitrags erhöhen beim ZbA.

Die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten tagten am Donnerstag in der „Neuen Philharmonie“, um über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen.

Hugo Cohn begründete in längerer Rede die Notwendigkeit der Erhöhung. Die große Geldentwertung, die sich auch im Haushalt der Organisation stark bemerkbar mache, lasse eine Abweisung der Erhöhung nicht mehr zu. In Frankfurt, Mannheim, Nürnberg und Hamburg sei die Erhöhung schon seit Oktober vorgenommen worden. Hier werde sie ab Januar in Vorschlag gebracht. Die Redner weiterführte, ist die Staffeldung der vorgeschlagenen neuen Beiträge bereits im „Angestellten“ veröffentlicht worden. Die Sätze sollen auf 10, 15, 20 und 25 Mark monatlich festgesetzt werden, für die Jugendgruppe auf 3 Mark.

Weiland ergänzte die Begründung. Nur eine gute Finanzlage gewähre die Sicherheit, in den Lohnkämpfen mit Nachdruck vorgehen zu können. Allein für Lohnbewegungen und Agitation mußten 1921 836 818 M. aufgewendet werden. Darin sind die Kosten für Drucksachen noch nicht einbezogen. Auch durch die Erhöhung der Postgebühren wird unser Konto stärker belastet werden, während andererseits eine Aufbesserung der Unterstützung in Streikfällen ein bringendes Erfordernis sein wird. Die vorgeschlagenen Sätze würden eine Mehreinnahme von etwa 200 000 M. monatlich ergeben.

Die hierauf folgende Aussprache brachte verschiedene Ansichten und Anregungen. Sie ergab endlich die Annahme folgender Entschließung gegen vereinzelt Stimmen:

Die heute tagende allgemeine Funktionärerversammlung erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung mit Rücksicht auf die jetzige Situation an und billigt die von der Dringverwaltung vorgeschlagenen, ab 1. Januar 1922 geltenden neuen Sätze. Sie fordert aber nicht nur eine Erhöhung der Streikunter-

stützung, sondern auch eine Erhöhung der Sätze für Stellenlosenunterstützung. Ferner fordert sie, daß alle Mitglieder der richtigen Sätze von ihrem Einkommen zahlen sollen und daß die Funktionärskassierer allmonatlich nachzuweisen haben, ob die richtigen Beiträge bezahlt werden.

Angestelltenforderungen in der Metallindustrie.

Ein sehr ausgefülltes Mandat der Berliner Metallindustriellen ist es, den Angestellten angesichts ihrer Stimmung und der schweren Not der Zeit durch Anschlag in den Betrieben und unter Umgehung der Organisationen innerhalb der Zeit des bis 31. Dezember laufenden Tarifvertrags folgendes Angebot zu machen: Die auf die Grundgehälter gelegte Teuerungszulage wird ab 1. November von 170 Proz. auf 200 Proz. erhöht, die soziale Zulage von 125 M. auf 200 M. In der Zeit vom 5. bis zum 10. Dezember sollen die Mehrbeträge für November, Dezember und Januar ausgezahlt werden.

Die Metallarbeitsratungskommission der IFA (Metabeke) ist zu dem Ergebnis gekommen, noch im Rahmen des geltenden Tarifs eine Erhöhung der Grundgehälter zu fordern und zwar für November 250 M. und für Dezember 350 M., unter Beibehaltung der jetzt geltenden Teuerungszulage. Das würde eine Zulage von 600 M. für den November und etwa 1000 Mark für den Dezember bedeuten.

Die Stellungnahme zu der Situation lag einer Versammlung der IFA-Funktionäre und Betriebsräte ob, die Freitag im großen Saal der Volkshaus (Fidicinstr.) tagte. Platzau vom IFA-Ortsort-1 bemerkte einleitend: Wenn jetzt während der Zeit des Tarifvertrags Forderungen gestellt werden, so ist das bei den gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnissen kein Tarifbruch. Die jetzige Angebotsbekanntmachung des IFA ist ein gegen uns gerichteter unfreundlicher Akt. Rote begründete die Forderungen. Er sowohl wie Frig Schmidt, Günter und zahlreiche Diskussionsredner übten scharfe Kritik an der Art des Vorgehens des IFA, und an dem völlig unzulänglichen Angebot, das als eine verächtliche Wirtschaftsbefehle minderwertiger Art bezeichnet wurde. Schmidt betonte, die Kollegen wären verpflichtet, dies Angebot abzulehnen und die IFA-Forderungen mit sofortiger Einreichung der Forderungen zu beauftragen.

Schließlich wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „Die IFA-Funktionäre erklären die Beschlüsse des IFA als unfair. Sie verlangen sofortige Verhandlungen mit dem IFA, zunächst nur für den November mit der Maßgabe, daß für diesen Monat eine Erhöhung der Grundgehälter nicht um 250 M. (Vorschlag der IFA), sondern um 300 M. gefordert wird. Dazu kommen die 170 Proz. Teuerungszulage. Die IFA-Funktionäre beauftragen ferner das IFA-Ortsort-1, die Gehaltsätze des Tarifs am Ende dieses Monats zum 31. Dezember zu föhigen.“

Die englischen Postangestellten zum Streikrecht.

Der Verband der Postangestellten (Union of Post Office Workers), der rund 100 000 Mitglieder zählt, hat nach einer Forderung des IFA, auf seinem letzten Parteitag mit schwacher Mehrheit beschlossen, den Grundtag des Streikrechts auch für das Postpersonal auszusprechen und zugleich einen wöchentlichen Ertragsbeitrag zur Schaffung eines Streikfonds einzuführen. Dieser Beschluß hat inzwischen innerhalb des Verbandes zu derart großen Schwierigkeiten geführt, auch zu zahlreichen Austritten, daß der Verbandsvorstand sich entschlossen hat, die Erhebung dieser Ertragsbeiträge wieder einzustellen, obwohl er selber sehr lebhaft für den Grundtag des Streikrechts eingetreten war, und auch das Verbandsorgan in diesem Sinne tätig gewesen ist.

Zur Streikbewegung in Italien.

Rom, 19. November. An dem Sympathie-Generalstreik für die Metallarbeiter in Genua beteiligten sich sämtliche Kategorien der Arbeiterschaft und auch zahlreiche Angestellte. Zwei Dampfer, die gestern den Hafen verlassen wollten, konnten nicht abfahren. Auch in den übrigen Städten Liguriens und Venetias ist die Lage ähnlich. Im Hafen von Genua ist ein Kriegsschiff mit technischem Personal eingelaufen, das die Elektrizitätswerke in Gang halten soll. Auch für die Provinz Venetien droht der Generalstreik, falls nicht in letzter Stunde der Generalrat der Gewerkschaften, der noch einmal Verhandlungen angeknüpft hat, zu einer Verständigung mit den Metallindustriellen kommt. In Rom finden zwischen den Verbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber unter Vorsitz des Arbeitsministers gleichfalls Verhandlungen statt, die nach einzelnen Meldungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen scheinen. Es wird für möglich gehalten, daß der Konflikt bald beigelegt wird.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Die Gesamtzahl der ganz oder teilweise Arbeitslosen ist in der Schweiz im Monat Oktober von 136 000 auf 134 000 zurückgegangen. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen ist seit Frühjahr dauernd gestiegen. Sie betrug Ende Oktober 74 200 gegen 68 600 im September und 49 000 im Frühjahr. Seit dem 11. April ist sie um 31 Proz. gestiegen. Mit Notstararbeiten wurden im Oktober 14 500 Personen beschäftigt.

Vom Lohnabbau in Amerika. Nach einer Neutermedung haben die Angestellten der Schlachthäuser in Chicago einer durchschnittlich mehr als 10 Proz. betragenden Herabsetzung der Löhne zugestimmt, die vor zehn Tagen von den Arbeitgebern verlangt worden war.

Theater der Woche.

Vom 20. bis 27. November.

Sollhöhe: 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31. **Das Volkslied:** Die Komödie der Krieger. **Der Bauer als Milliardär.** **Opernhaus:** 20. Die Komödie der Krieger. **21. Die Komödie der Krieger.** **22. Die Komödie der Krieger.** **23. Die Komödie der Krieger.** **24. Die Komödie der Krieger.** **25. Die Komödie der Krieger.** **26. Die Komödie der Krieger.** **27. Die Komödie der Krieger.** **28. Die Komödie der Krieger.** **29. Die Komödie der Krieger.** **30. Die Komödie der Krieger.** **31. Die Komödie der Krieger.**

Schmittgaverkellungen: Sollhöhe: 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31. **Das Volkslied:** Die Komödie der Krieger. **Der Bauer als Milliardär.** **Opernhaus:** 20. Die Komödie der Krieger. **21. Die Komödie der Krieger.** **22. Die Komödie der Krieger.** **23. Die Komödie der Krieger.** **24. Die Komödie der Krieger.** **25. Die Komödie der Krieger.** **26. Die Komödie der Krieger.** **27. Die Komödie der Krieger.** **28. Die Komödie der Krieger.** **29. Die Komödie der Krieger.** **30. Die Komödie der Krieger.** **31. Die Komödie der Krieger.**

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend trübe und etwas neblig, ohne erhebliche Niederschläge, ziemlich feste östliche Winde. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Felber, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag Germania-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Salem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuerätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

Salem Aleikum Salem Gold

Nr 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d. St.
Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 1.25 Pf. d. St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt.

Sie werden durch einen wirklichen Genuss für den Preiszuschlag entschädigt.

„Denizze“

HERMANN WIESE, Juw., Artilleriestr. 30.

Eberhardts Damen-Konfektionshaus

NEUKÖLLN
Knebeckstraße 36
Ecke Hermannstraße
Telephon: Neukölln 4149

Günstige Angebote

trotz der enormen Preissteigerung

Ball- und Gesellschafts-
kleider in hell u. dunkel, von 169⁵⁰ an
bis zu den elegantesten

Ulsteru. Mäntel in allen
Farb. v. 198⁵⁰ an

Wollkleider
einfarbig und kariert . . . von 169⁰⁰ an

Blusen und Röcke
in allen Preislagen

Liefer. der Berl. Beamtenvereinigung

GOLD-SILBER-PLATIN-Bruch

kauft
Gotzkowskyst. 13

Klaviere

bed. u. zahl. kauf. Her. u. Besenstr. 8. Rosenthal. 1154.

Arbeitskleidung. Hosen

von 43.- bis 225.- M.
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohlen
Neukölln,
Hermannstraße 76-77.

Den ältest. Damen- oder Herrenhut

pressen wir auf d. neuw. u. schickl. Formen aus dem billigst. Tagespreisen bei
Eine Krüge
vis-à-vis St. Seemannstr.

Alfmetalle

en gros
von Fabrikanten und Händlern
Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26
Fernsprecher: Moritzpl. 667 - Mariannenplatz 22
Vertretersbesuch = Freie Abholung

Brillanten

Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juwelen-Geschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105.
4 bis 7 Uhr. Ge-ründet 1883.

Garderobe

für Herren, Damen u. Knaben
nur beste Modelle aus
bequemer Teilzahlung bei möglicher Anzahlung
Heinrich Georg
Andreasstr. 28, I. Et. (am Andrasen 37)

Gardinen!!

Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten
Stores, Bettdecken
Madrass- und Künstlervorhänge
Spez.-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Alte Hüte

Impressen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Vorläuf- und billige Ausbesserung.
Im-presser! Herm. Fuchs
Berlin O 112,
Jeauchfuer Allee 297

Auf Teilzahlung Anzüge

Cutaways, Ulster, Schläpfer, Raglans, Maharab. mader. Socken
beau. diest. Ratmanas
Leiser Gottlieb
Nollendorfstr. 22a II
Nähe Nollendorf-Pl.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität u. Preis einzig dastehend:
Trauringe
1 Trauring „Dkg.“ v. 280 M. an
1 Trauring, Duk. - Gold (schwer, Auslieferung 800 M.)
1 Rg., 585 gst v. 200 400 M.
1 Rg., 333 gst v. 75-200 M.
Garantiesch. Legstl. Goldinh.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverwert. z. denkgl. Preis
Brillanten z. Auslandsk.
N. Wiese, Juw., Artilleriestr. 30. Teleph.: Norden 1034

Garderobe auf bequemste Teilzahlung

bei billiger Preisberechnung
HERREN-DAMEN-
Anzüge Cutaways
Palatots, Ulster
Regenmäntel
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.